

Nr. 8, 03. März 2019

Tarifeinigung im öffentlichen Dienst

DPoIG fordert Übernahme für Beamte und Versorgungsempfänger

Nach schwierigen Verhandlungen und dank zahlreicher Warnstreiks und Protestaktionen von **dbb** und **DPoIG** im gesamten Bundesgebiet, gelang in den späten Abendstunden des 2. März der Durchbruch.

Dazu die **dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz**: „Wir konnten am Ende erreichen, dass die Arbeitgeber ihre anfängliche Verweigerungshaltung aufgaben, sich besannen und die gut gefüllten Kassen nun doch noch öffnen.“

Die Verhandlungspartner einigten sich auf eine mehrstufige Gehaltserhöhung von linear 8% bei einer Laufzeit von 33 Monaten.

Die wesentlichen Ergebnisse im Detail:

- 3,2 % (mindestens 100 Euro) zum 1. Januar 2019
- 3,2 % (mindestens 90 Euro) zum 1. Januar 2020
- 1,4 % (mindestens 50 Euro) zum 1. Januar 2021
- Überproportionale Erhöhung der jeweiligen Stufe 1 der Tabelle
- Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantenentgelte um je 50 € zum 1.1.2019 und 1.1.2020
- 30 Tage Urlaub
- Erhöhung der Pflegetabelle um zusätzlich 120 €

Übertragung des Ergebnisses auf die Beamten, zuzüglich 2 x 2%



Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Benno Langenberger**, begrüßte das Ergebnis als längst überfälligen Schritt zur Anerkennung der Leistungen im öffentlichen Dienst und im Kampf um die Konkurrenzfähigkeit am Arbeitsmarkt.

Jetzt müsse dieses Tarifergebnis unverzüglich zeit- und inhaltsgleich auf Besoldung und Versorgung der Beamten übernommen werden, fordert Langenberger weiter. Auch erinnert er an das Versprechen von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Finanzministerin Doris Ahnen, auf das Tarifergebnis für die Beamten und Versorgungsempfänger zum 1. Juli 2019 und zum 1. Juli 2020 jeweils noch einmal 2% aufzusatteln.



Wir für Euch!

